

Niederschrift wurde in der Sitzung vom 9.1.2012 angenommen.

Kommunaler Entschuldungsfonds - Antrag der Fraktion Die Linke Vorlage: BV/0170/11

Der Antragsteller, Herr Hill, erläutert den Antrag der Fraktion Die Linke und bittet die anderen Ratsmitglieder um Unterstützung.

Herr Manfred Schmidt teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Vorgehensweise des Antrages als falsch erachte. Zum einen sei die Landesregierung momentan dabei, ein derartiges Programm zu entwickeln und zum anderen liege die Zuständigkeit beim saarländischen Landtag und sicherlich nicht bei der Gemeinde Heusweiler bzw. beim Gemeinderat. Die CDU-Fraktion werde an einer Schauabstimmung wie dieser nicht mitwirken.

Herr Dr. Steinrücken stellt fest, auf Grund der sehr schlechten finanziellen Situation der Gemeinde müsse man jeden Strohalm greifen, um diese Kommune in gewisser Weise am Leben zu erhalten. Sicherlich gebe es im Saarland und auch darüber hinaus viele Kommunen, denen es wesentlich schlechter gehe, aber man müsse hier den Blick auf Heusweiler richten. Er denke zwar, dass ein solcher Antrag nicht bewirke, dass die Landes- oder Bundesregierung einen Entschuldungsfonds einrichten werde, aber den Fingerzeig sollte man machen und die NÖL-Fraktion unterstütze daher diesen Antrag.

Herr Hill widerspricht Herrn Schmidt, der vorliegende Antrag sei kein Schauantrag, sondern durchaus ernst begründet. In Rheinland-Pfalz habe man beispielsweise erreicht, dass dort ein Entschuldungsfonds eingerichtet wurde. Seiner Meinung nach habe man als Ratsmitglied auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung, in Richtung Landes- bzw. Bundespolitik entsprechende Zeichen zu setzen.

Herr Krebs ist der Ansicht, dass Herr Hill neben den Belastungen, welche auf die Kommunen zukommen würden, auch erwähnen sollte, welche Entlastungen durch Bund und Land im Kalenderjahr 2011 erfolgt seien. Der Antrag erwecke den Eindruck, als sei es für das Land ein Leichtes, die Entschuldung der Kommunen zu unterstützen. Tatsächlich seien Bund und Land jedoch wesentlich höher verschuldet als die Kommunen. Von daher finde die FDP-Fraktion den Antrag nicht sinnvoll und werde auch nicht zustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses abstimmen:

Beschluss bei 17 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen:

Der Gemeinderat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, die Landesregierung schriftlich aufzufordern bis spätestens zum 1. Januar 2013 einen kommunalen Entschuldungsfonds einzurichten. Die einzelnen saarländischen Kommunen sollen in diesem Fall ein Drittel der Entschuldungsmasse aufbringen. Ein weiteres Drittel soll der kommunale Finanzausgleich beitragen und stammt somit von der Solidargemeinschaft der kommunalen Familie. Das letzte Drittel soll aus dem Landeshaushalt kommen. Unter diesen Voraussetzungen erklärt der Gemeinderat Heusweiler, dass er dem Entschuldungsfonds beitreten werde.

(Die CDU-Fraktion hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)